

DER TAGESSPIEGEL

Wer war's?  
Ihr wart's!

Sind sie nicht schlimm, diese Alten von heute? Privilegiert und engstirnig haben sie den Planeten an den Rand des Kollapses konsumiert, unterstützen die Spaltungspolitik der Populisten und sind dann noch so dreist, sich über die Jugend zu beschweren, die die Konsequenzen ihres rücksichtslosen Verhaltens ausbaden muss – Frechheit! Da ist es doch nur gerecht, dass die sogenannten „Boomer“, also die zwischen 1946 und 1964 Geborenen, Zielscheibe des jugendlichen Gespöts sind, oder? Jedenfalls, wenn es nach „Ok Boomer“ geht, einem Begriff, der in den sozialen Netzwerken kursiert und als süffisante Antwort auf als selbstgerecht und reaktionär empfundene Kommentare der Babyboomer dient. „Ok Boomer“ ist die Retourkutsche der Jugend für die herablassende Unbelehrbarkeit der Nachkriegs-



Millennials machen die Babyboomer für die Weltmisere verantwortlich

VON MAX THOLL

generation. Es sei, schrieb Taylor Lenz in der „New York Times“, ein Schlachtruf der frustrierten Jugend und eine Reaktion auf die Scheuklappenmentalität einer älteren Generation, die kein Fehlverhalten bei sich erkennen will. Der Frieden zwischen den Generationen, so Lorenz, sei vorbei.

Besonders beim Klimawandel klafft eine große Verständnislücke zwischen Alt und Jung. Der Vorwurf an die Alten: Ihr habt auf unsere Kosten gelebt, den Planeten zerstört und besetzt jetzt gleichgültig die Führungssetzen oder wählt Parteien, die sich mit Minimalösungen gegen den Klimawandel gegenseitig unterbieten. Deren Vorwurf an die Jungen: Euer Protest ist realitätsfern und will uns unseren Lebensstil und unsere Denkart verbieten und stützt sich auf selbstbemteltendes und moralisierendes Rumgeheule. Im Grabenkrieg zwischen den Generationslagern geht es um Teilhabe, Verantwortung, Freiheit, Zukunft, aber vor allem um Gerechtigkeit. Darüber, bei wem die Entscheidungshoheit über die Zukunft liegt und wie sie genutzt wird, „Ok Boomer“ bringt es auf den Punkt: Eure Zeit ist vorbei, macht Platz!

Es ist eine Verweigerung des Dialogs, ein nonchalantes „Ja, ja, whatever“, ein Totschlagzeit fürs Instagram-Zeitalter. Der Frust und die Ungeduld, die es untermauern, sind mehr als nachvollziehbar, dennoch ist die Haltung wenig zielführend. Gerade beim Klimaschutz kann nicht auf die Hilfe der Boomer verzichtet werden und ihr wachsender Anteil an der grünen Erfolgswelle zeigt, dass Überzeugungsarbeit sich hier durchaus lohnt. Und sind nicht eh alle Generationsgruppierungen grobe Verallgemeinerungen, die reaktionäre Stereotypen fördern?

Wird die Klimakrise zu sehr zum Generationenkonflikt gemacht, befördert das Spaltung bei einem Problem, das den größtmöglichen Schulterchluss benötigt. Zudem wird das Alter so Teil einer Identitätspolitik, die politischen Handeln auf Partikularinteressen gewisser Gruppierungen reduziert und nicht nur in konservativen Kreisen im Verruf steht, Stammesdenken zu fördern. Vielleicht ist es auch nicht verwunderlich, dass gerade Millennials (geboren zwischen 1980 und 2000) sich an der Boomer-Schadenfreude ergötzen. Seit Jahren suchen sie nach einer politischen Identität und ihrem Platz in den Annalen jugendlicher Revolten. Da waren zwar der Protest gegen den Irakkrieg, Occupy und auch #Metoo, aber auch die geringe Wahlbeteiligung beim Brexit-Votum oder dem Erfolg von Donald Trump und die klimaschädliche Vielfliegererei. Die Millennials sehen sich im Schatten der 68er und spüren, wie die Nachfolgegeneration mit Greta Thunberg an der Spitze sie allmählich alt aussehen lässt. Das ergibt das nagende Gefühl, mehr handzahn als radikal zu sein, und die Befürchtung, wie X-er (1965 bis 1980) zu einer Übergangsgeneration zu werden – und die Angst, am Ende selber zu Boomern zu werden. Waren nicht gerade die auch mal radikal und trauten sich etwas, als sie die Parole „Traue keinem über 30“ ausgaben und konservative Konventionen zerstörten?

Vielleicht ist ja doch was dran an den Vorwürfen, Millennials würden am Peter-Pan-Syndrom leiden und das Erwachsenwerden verweigern. Nicht etwa aus Angst vor Verantwortung oder harter Arbeit, sondern davor, dem Fortschritt nicht mehr folgen zu können. Es wäre naiv zu glauben, dass die Jungen von heute sich nicht irgendwann selber den Vorwurf der Ewiggestrigkeit anhören müssten. Ist doch auch ein fairer Trost, ok Boomer?

STUTTMANN



Sind so viele Menschen

Bevölkerungswachstum gehört zur Klimadebatte, wird aber kaum thematisiert. Aus Angst

VON MICHAEL BRÖNING

In der aktuellen Marvel-Erfolgsserie Avengers vernichtet der Ultra-Bösewicht Thanos vom Planeten Titan mit einem Fingerschnippen die Hälfte allen Lebens im Universum. Sein Ziel: Ein Gleichgewicht ohne Überbevölkerung und Ressourcenknappheit. Als ihm seine eigene Tochter bei diesem Unterfangen in die Quere kommt, stürzt er sie kurzerhand in einen Abgrund.

Auch das zeigt: Mit Sorgen um das Bevölkerungswachstum befindet man sich, gelinde gesagt, nicht immer in einwandfreier Gesellschaft. Das Thematisieren von Überbevölkerung ist heute meist mit einer politischen Verortung am rechten Rand verbunden. Das aber nicht zuletzt, weil das Thema in der progressiven Klimadebatte derzeit nicht einmal eine Nebenrolle spielt. Im aktuellen Bestseller der deutschen Klimaaktivisten Luisa

Die Rechten spielen das Thema, das schreckt ab

Neubauer und Alexander Repenning („Vom Ende der Klimakrise“) beispielsweise findet sich zum Bevölkerungswachstum auf rund 300 Seiten kaum mehr als ein Nebensatz. Und das Handbuch der „Extinction Rebellion“ diskutiert zwar Kolonialismus, veganes Kochen, Massentierhaltung und den „direkten Zusammenhang zwischen queerer Politik und Ökozid“ – nicht aber die Frage der Bevölkerungsentwicklung. Und das, obwohl die „ökologische Grenze der Erde“ betont wird. Auch das Pariser Klimaabkommen schweigt dazu, ebenso die 17 Prioritäten in den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Und auch in den Programmen umweltbewusster deutscher Parteien sucht man vergeblich nach umfassenden Stellungnahmen.

Der im März vorgestellte „Zwischenbericht zum neuen Grund-

satzprogramm“ der Grünen zum Beispiel erwähnt zwar „bald zehn Milliarden Menschen“ als absolute Größe, bleibt ansonsten aber vage. Und im Grundsatzprogramm der Sozialdemokraten findet sich im Wesentlichen lediglich der Hinweis auf problematische Konsequenzen, „wenn bald neun Milliarden Menschen so wirtschaften und konsumieren, wie wir im reichen Teil der Welt es bisher tun“.

Wie merkwürdig diese Leerstelle ist, wird in einem Essay des Berliner Philosophen Leander Scholz deutlich. Er setzt sich unter dem Titel „Die Menge der Menschen“ mit der Genese der bevölkerungspolitischen Debatte auseinander und weist nach, dass die ökologische Debatte ursprünglich selbst aus einer demographischen Diskussion hervorgegangen ist.

Tatsächlich: Noch vor nicht allzu langer Zeit war das Thema in aller Munde. Werke wie „Die Bevölkerungsbombe“ des Stanford-Professors Paul R. Ehrlich erschienen Ende der 1960er Jahre in einer Millionenauflage. In den 70ern prägte der Club of Rome mit „Die Grenzen des Wachstums“ die Debatte. 1992 warnte US-Vizepräsident Al Gore: „Kein Ziel ist wichtiger, als die Stabilisierung der menschlichen Bevölkerung.“ Die Sozialdemokraten mahnten 1989: „Je bedrückender das Elend, desto stürmischer das Bevölkerungswachstum, desto rascher die Zerstörung der Natur.“ Und die Grünen wiesen noch 2002 eindringlich darauf hin, dass „anhaltendes Bevölkerungswachstum in einem bedrohlichen Raubbau an der Natur“ mündet.

Das heutige Schweigen zu dem Thema wäre erklärlich, wenn die Öffentlichkeit gleichgültig oder gegenstandslos geworden wäre. Doch das ist nicht der Fall. Nach einer Umfrage der schwedischen Global Challenges Foundation von 2018 betrachtet eine deutliche Mehrheit in zehn Ländern des globalen Nordens und Südens Bevölkerungswachstum als „katastrophales Risiko“.

Und ein Blick auf die Daten gibt ebenfalls kaum Entwarnung. Zwar

ist richtig, dass wirklich apokalyptische Vorhersagen bislang nicht eingetreten sind, denn die Weltbevölkerung wächst längst nicht mehr exponentiell. Doch die Vereinten Nationen gehen nach wie vor von einem Anstieg der Weltbevölkerung bis zum Jahr 2050 auf 9,7 Milliarden Menschen aus. Das wäre ein Plus von rund zwei Milliarden – hauptsächlich in Sub-Sahara-Afrika und in Teilen Asiens.

Es gibt viele Zahlen und wenig gute Aussichten

Über die Interpretation dieser Prognosen ist ein unterschwelliger, aber erbitterter Kampf ausgebrochen. Manch einem dienen sie als Beleg, dass jede Verhaltensänderung im industrialisierten Norden von der Zunahme der Bevölkerung im Süden ausgehebelt würde. „Wir weniger fliegen? Sollen doch die Afrikaner weniger Kinder in die Welt setzen!“ – eine Argumentation, die die entscheidende Rolle des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes pro Kopf unberücksichtigt lässt.

Für andere hingegen liefern die Daten eher ermutigende Botschaften. Das langfristig erhoffte Einpendeln der Weltbevölkerung bei rund elf Milliarden, das die UN immerhin für möglich halten, ließe sich verkraften – so meinen sie. Nur müsste die Menschheit eben endlich klimafreundlicher leben.

Doch unabhängig von der Frage, wie realistisch ein solcher Wandel der menschlichen Lebensgewohnheiten weltweit ist, dürfte diese Sicht die Auswirkungen auch einer begrenzten Bevölkerungszunahme unterschätzen. Auch nachhaltiger wirtschaftende zwei Milliarden zusätzliche Menschen benötigen schließlich Ressourcen und Raum, der schon heute knapp ist.

Verschärfend kommt hinzu, dass die Prognosen nicht immer verlässlich sind, sondern in der Vergangenheit häufiger danebenlagen. In den 1980er Jahren etwa befürchteten die UN einen massiven Bevöl-

kerungszuwachs in Lateinamerika, der dann niemals eintraf. Zugleich wurde die Entwicklung in Afrika massiv unterschätzt. Das Problem Überbevölkerung ist also längst nicht so umfassend gelöst, dass sich eine Debatte erübrigt.

Wobei Diskussionen unter Experten durchaus stattfinden. Vom 12. bis 14. November etwa begehen die Vereinten Nationen in der kenianischen Hauptstadt Nairobi das 25-jährige Jubiläum der International Conference on Population and Development. Vor einem Vierteljahrhundert hatte sich die Weltgemeinschaft in Kairo auf ein gemeinsames Vorgehen in Sachen Bevölkerungswachstum verständigt. Damals wurde das Thema erstmals nicht als ethisch fragwürdiger staatlicher Kontrollversuch von oben diskutiert, sondern als Frage spezifischer sexueller und reproduktiver Rechte von Frauen. Die Überlegung: Das Wachstum von Bevölkerung nimmt ab, wenn Frauen über die Zahl ihrer Kinder frei entscheiden können.

Doch was damals auch als Ausweg aus einem ethischen Dilemma erachtet wurde, wird heute erneut ideologisch aufgeladen. Nicht zuletzt die extreme Rechte in den USA unter Donald Trump läuft ganz grundsätzlich gegen Familienplanung Sturm – auch außerhalb des eigenen Landes.

Auch deshalb ist klar, dass eine nüchterne öffentliche Diskussion über die Chancen und Risiken der Bevölkerungsentwicklung entscheidend ist. Aus diesem Grund erwähnt der immer wieder zitierte Bericht des Weltklimarats bewusst nicht nur die Bedeutung des Wirtschaftswachstums, sondern auch die der Bevölkerungsentwicklung.

Gerade vor dem Hintergrund der möglichen Instrumentalisierung durch radikale Kräfte ist deshalb zu hoffen, dass sich verantwortungsvolle Politik sachlich mit dem Thema befasst und es eben nicht den Extremen überlässt.

— Michael Bröning leitet das Referat Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Was wir draus machen

Der Auftrag nach dem Mauerfall-Jubiläum

VON ROBERT IDE

Die Frau weint, während sie erzählt. Dass sie den Mauerfall verpasst hat, damals, in der Stadt ihres Herzens. Dass sie jetzt alles nachholen will. Der Mann ballt die Faust, während er erzählt. Dass er Freude und Trauer im Herzen trage, heute nach 30 Jahren.

Das Einfache war das Schöne an der fulminanten Festwoche des Mauerfalls in Berlin: Menschen zeigten sich von ihrer offenen, herzlichen, menschlichen Seite: Sie drängten sich am Brandenburger Tor und den anderen Festorten. Manche hatten Kerzen in der Hand. Alle hatten Bilder im Kopf. Und viele haben wohl das empfunden, was die weinende Frau empfand: dass Deutschland etwas nachzuholen hat. Beim Erzählen. Beim Zuhören. Beim Miteinander.

Der Mann mit der Faust, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, fand im Moment des Miteinanders das Moment für seine erste große Präsidentenrede. Er beklagte neue Mauern im immer noch nicht einigen Land, „Mauern aus Frust, Mauern aus Wut und Hass, Mauern der Sprachlosigkeit und Enttäuschung“. Und er rief unter Bravorufen am Brandenburger Tor, „Reißen wir diese Mauern endlich ein!“ Genau das kann Deutschland jetzt tun: etwas draus machen.

Die Einheit war überstürzt. Es wuchs nicht so leicht zusammen, was zusammengehört. Aber die Revolution hat gezeigt, was Menschen zusammen schaffen können. Im Umbruch danach, der in Ostdeutschland jede Biografie auf den Kopf stellte, lernten die Menschen, wieder auf die Beine zu kommen. Nun ist es Zeit, diese Zeitenwende ins Positive zu wenden.

Deutschland muss sich in einer unübersichtlichen Welt, die von der Digitalisierung schon wieder revolutioniert wird, ohnehin neu erfinden. Und das mit Zuversicht. Und mit grundsätzlichen Reformen. Für mehr Beteiligung: Menschen im und vor allem auf dem Lande müssen sichtbar und hörbarer werden; warum nicht wieder mit runden Tischen auf lokaler Ebene? Mithmachen statt meckern – das geht, das kann man organisieren, es gibt längst neue, auch digitale Angebote.

Die Menschen haben die Neugier aufs Neue nicht verloren, das hat sich an diesem 9. November gezeigt. Und viele Ostdeutsche bringen eine Erfahrung mit, die dem ganzen Land vorwärts helfen kann: Sie mussten sich auf Ungewohntes einlassen. Sie haben – wie die Menschen aus aller Welt, die hier eine neue Heimat finden – einen anderen Blick auf unsere Gesellschaft. Der kann helfen, mit Umbrüchen umzugehen, so wie die neuen Fragen und Erzählungen 30 Jahre nach dem Fall der Mauer helfen, besser zu begreifen, wie wir wurden, was wir sind. Deshalb braucht es mehr Repräsentanz unterschiedlicher Herkünfte an Universitäten, in Konzernen, in der Verwaltung unserer Demokratie. Denn auch das konnte man lernen in 30 Jahren: Nur gemeinsam machen wir etwas Gutes draus.

ANZEIGE



SIE HABEN DEN TAGESSPIEGEL ZUR NR. 1 GEMACHT. WIR SAGEN DANKE.

Vielen Dank für Ihr großes Herz!

(Folge 15) Seit über 26 Jahren spenden Sie an unsere Weihnachtsaktion „Menschen helfen!“. Ihre Spende hilft denjenigen, die am Rande der Gesellschaft stehen. Im letzten Jahr ist die Rekordsumme von rund 425.000 Euro für 63 Projekte zusammengekommen. Damit konnten wir Kiezinitiativen, Projekte, Verbände und Ehrenamtsgruppen aus dem sozialen Bereich in Berlin und Brandenburg sowie aus dem Ausland unterstützen. Ganz gleich wie groß Ihre Spende ausfällt, sie ist wirksam.

Ihre Stefanie Dujardin-Sommer, Organisatorin „Spendenaktion Der Tagesspiegel e.V.“

In 75 Jahren haben Sie den Tagesspiegel zur größten Zeitung der Hauptstadtregion gemacht. Dafür danken wir Ihnen 75 mal. Welchen Dank haben wir vergessen? Schreiben Sie uns bitte an [danke@tagesspiegel.de](mailto:danke@tagesspiegel.de) oder melden Sie sich unter 030-29021-32653

